

An Alle!

Im Juni entschied die Abgeordnetenversammlung (in Bukarest, Anm. Red.), den Gesetzentwurf PL912/2007 zum Management freilebender Hunde zurück an den Verwaltungsrat zu geben mit der Empfehlung, die Tierschutzorganisationen mit einzubeziehen, um dem Gesetz eine verständliche, effiziente und ethische Form zu geben, bevor es dem Parlament erneut zur Entscheidung vorgelegt wird.

Vor ca. 2 Wochen haben die Repräsentanten der Tierschutzorganisationen in einer 4stündigen Debatte den 5 anwesenden Mitgliedern des Verwaltungsrates mit sachdienlichen Argumenten erklärt, warum sie das Gesetzgebungsprojekt für verfassungswidrig, illegal und auch nicht wirkungsvoll halten. Leider umsonst! Denn die einen wollen diese Argumente nicht verstehen, und die anderen wittern ein Geschäft darin, die Zahl der herrenlosen Hunde in den Straßen konstant zu halten.

Am 14. September entschied der Präsident des Verwaltungsrates, Sulfina Barbu (PDL), das Projekt insgeheim und außerhalb der Tagesordnung zur Diskussion zu stellen, wenn nur ein Teil der Ratsmitglieder anwesend sind und weder NGO's noch Medien Zutritt haben. In ihren Reden bezeichneten zwei Abgeordnete die Tierschutzorganisationen als Extremisten, „weil sie die Tötung der Tiere nicht akzeptieren, sondern nur die Kastration“, und versuchten ihr Bestes, die Arbeit der Tierschutzorganisationen und der Tierfreunde anzuschwärzen.

Jede Logik missachtend, zeigt der Verwaltungsrat seine Verachtung der Bürger und der Tierschutzorganisationen (deren Vorschläge bereits zum 3. Mal verworfen wurden), und beschließt den selben Entwurf, der zahlreiche absurde, dumme, diskriminierende und verfassungswidrige Maßnahmen enthält und hinter die jetzigen gesetzlichen Regelungen noch zurückgeht:

- Er stoppt jede Chance, das Problem der herrenlosen Hunde zu lösen.
- Die Kommunalbehörden entscheiden selber, welche Methode sie wählen (Tötung, Einsperren oder wieder Freilassen der Hunde), nachdem die Einwohner dazu befragt wurden; bei solchen Umfragen können alle, 1000, 100 oder auch nur 2 Bürger befragt werden, je nach den Interessen des Bürgermeisters.
- Er gibt der Behörde die Möglichkeit, alle eingefangenen Hunde innerhalb von 3 Tagen zu töten, auch solche, die einen Besitzer haben.
- Alle Hunde, auch solche mit Besitzer, können von den Hundefängern eingefangen und mitgenommen werden.
- Bürger, welche einen Hund adoptieren möchten, werden behindert und entmutigt; für eine Adoption muss nachgewiesen werden, dass genügend Platz und materielle Grundlagen zur Hundehaltung vorhanden sind, und eine Vermittlungsgebühr ist zu zahlen. Dabei ist anzumerken, dass die Tötung der Hunde, die nicht vermittelt werden, ohnehin auf Kosten der Steuerzahler erfolgt.
- Die Möglichkeit, Hunde in ihr angestammtes Revier zurückzubringen, wird blockiert.
- Die Hundefänger haben das Recht, Hundebesitzer zu kontrollieren und zu bestrafen.

Dieses vernichtende Projekt wird dem Plenum der Abgeordnetenversammlung entweder am 19./20.09. oder am 26./27.09. zur Entscheidung vorgelegt. Bitte helft uns, dies zu verhindern! Schreibt Protest-Mails oder Faxe (siehe weitere Anlage zum Download).

Schreibt eigene Texte oder verwendet den nachfolgenden Protestbrief.

Wir danken Euch.

Carmen Arsene, 15.09.2011